

Büro für Stadtverordnetenangelegenheiten
Erich Kästner Platz 1
03046 Cottbus/Chóśebuz

**Antrag zur Tagesordnung an die Stadtverordnetenversammlung Cottbus
am 29.06.2022 folgenden Beschlussantrag zu behandeln:**

Verhinderung der 19 Uhr-Veranstaltung am 01. Juli 2022 im Stadthaus

Antragsteller: Fraktion SPD

Inhalt des Antrages:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:
Der Oberbürgermeister der Stadt Cottbus/Chóśebuz wird beauftragt, umgehend alle notwendigen Schritte einzuleiten, um die als „Bürgerdialog“ deklarierte Wahlkampfveranstaltung der AfD am 1.07.2022 im Stadthaus zu untersagen. Ggf. bestehende Verträge sind auch unter Hinnahme von Vertragsstrafen zu kündigen.

Begründung:

Am 01.07.2022 wird um 10:00 Uhr im Saal des Stadthauses im Beisein des Innenministers des Landes Brandenburg das „Strategiepapier zur Entwicklung und Umsetzung des Handlungskonzeptes der Stadt Cottbus/Chóśebuz gegen Rechtsextremismus“ vorgestellt. Die Stadt will damit rechtsextremen Entwicklungen klar entgegenreten.

Für den Abend desselben Tages wurde seitens der Verwaltung eine Veranstaltung im Stadthaus zugelassen, in der führende Politiker der als rechtsextremer Verdachtsfall durch den Verfassungsschutz beobachteten AfD zu einem Bürgerdialog einladen.

Damit wird jedes Bestreben in unserer Stadt, sich gegen Rechtsextremismus zu stellen, konterkariert und ad absurdum geführt. Ein entsprechendes Medienecho wäre absehbar und würde Cottbus einmal mehr als rechte Hochburg darstellen! Gerade in den ohnehin schweren Zeiten des Strukturwandels setzt diese Angelegenheit absolut falsche Signale und läuft allen Bemühungen zuwider, unsere Stadt als weltoffen, gastfreundlich und lebenswert zu präsentieren und dringend benötigte Fachkräfte für Cottbus zu interessieren. Aktionen wie „Boomtown Cottbus“ verpuffen wirkungslos und werden unglaubwürdig.

Das wollen wir nicht zulassen.

Cottbus, 28. Juni 2022

.....
Fraktion SPD